



CDU-Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

2. März 2018



Präsident, Fraktionschef, Kanzleramt - CDU Baden-Württemberg stark in Berlin!



Mit der Bekanntgabe der Ministerliste für den CDU-Teil einer möglichen Großen Koalition wurde nun nach der Konstituierung des Bundestags und den Wahlen der Fraktionsführung ein weiterer Schritt zur Neuaufstellung in der neuen Legislaturperiode gemacht. **Andreas Jung**, Vorsitzender der 38 baden-württembergischen CDU-Bundestagsabgeordneten, zieht Bilanz: „Die CDU Baden-Württemberg ist in Berlin stark aufgestellt“, sagt er mit Blick auf **Dr. Wolfgang Schäuble, Volker Kauder und Annette Widmann-Mauz**. „Wir stellen den ersten Mann in Parlament und Fraktion - und eine Frau bei der Kanzlerin.“ Als Staatsministerin für Integration wird Annette Widmann-Mauz künftig im Bundeskanzleramt und am Kabinetttisch sitzen.

Integration sei eine der großen Aufgaben der kommenden Jahre und ein Kernbereich der CDU, bei dem es um die Umsetzung von Wertvorstellungen gehe. Gerade auch für Landkreise und Kommunen in Baden-Württemberg sei Integration eine große Herausforderung. Ein direkter Draht ins Kanzleramt sei deshalb für alle Beteiligten von hohem Wert. Er begrüße sehr, dass Annette Widmann-Mauz diese wichtige Aufgabe in der Bundesregierung übernehme, erklärte der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe.

Dem von Wolfgang Schäuble als Nachfolger des aus Nordrhein-Westfalen stammenden Norbert Lammert übernommenen Amt des Bundestagspräsidenten komme immer eine

herausgehobene Bedeutung zu; in dieser Wahlperiode nach dem Einzug der AfD in den Bundestag sei es besonders wichtig. „Ich bin froh, dass in diesen Zeiten Wolfgang Schäuble mit seiner Erfahrung und seiner Souveränität unser Präsident ist.“

Maßgeblichen Einfluss für Baden-Württemberg in einer neuen Großen Koalition sichere zudem Volker Kauder. „Der Fraktionsvorsitzende ist wichtiger als jeder Minister!“, betont Andreas Jung. „Ohne die Fraktion geht gar nichts.“ Jede einzelne Frage müsse von der Fraktion mitgetragen und im Parlament behandelt und umgesetzt werden. „Volker Kauder nimmt diese Aufgabe kraftvoll wahr und damit sitzt Baden-Württemberg bei jeder wichtigen Entscheidung am Tisch.“ Die Neuaufstellung werde bei einem positiven Votum der SPD-Mitglieder mit der Benennung der Parlamentarischen Staatssekretäre fortgesetzt, erklärt Andreas Jung: „Auch dabei setzen wir darauf, dass Baden-Württemberg stark vertreten ist.“

Bahnprojekte im Fokus



Bei einem Treffen mit DB-Infrastrukturvorstand **Ronald Pofalla** hatten die Mitglieder der CDU-Landesgruppe in dieser Woche die Gelegenheit, sich über aktuelle Schienenprojekte in Baden-Württemberg auszutauschen. Pofalla ist nicht nur Mitglied im Vorstand der Deutschen Bahn, sondern dort auch für das Großprojekt Stuttgart 21 verantwortlich. Im Januar dieses Jahres hatte es große Irritationen über die zukünftige Einbindung des Flughafens Stuttgart in den Fernverkehr der Bahn gegeben. Die Landesgruppe hatte sich daraufhin mit einem Schreiben an Pofalla gewandt.

Der Landesgruppenvorsitzende **Andreas Jung** betonte, dass alle im Zusammenhang mit S 21 gegebenen Zusagen der Bahn eingehalten werden müssten. Pofalla erläuterte, dass Stuttgart 21 durch eine Sonderfinanzierung gesichert sei und keine anderen Bahnprojekte im Land deswegen einen Nachteil erleiden würden. Der Flughafen werde zudem gut ins Fernbahnnetz eingebunden, um die gewünschte Drehscheibenfunktion zu erhalten. Derzeit erarbeite man zusammen mit dem Land eine konstruktive Lösung für den Bereich der Wendlinger Kurve, die überwiegend für den Nahverkehr genutzt werden wird - und dafür sei dann auch das Land bei der Finanzierung gefragt. Durch die Digitalisierung der Sicherheitstechnik mittels ETCS – wofür im Koalitionsvertrag durch die Initiative der Union zusätzliche Mittel vorgesehen seien – schaffe man zwanzig Prozent mehr Potenzial für Schienenverkehre, ohne in den teuren Netzausbau investieren zu müssen.

Die Mitglieder der Landesgruppe wiederholten ihre Forderung, dass der weitere Ausbau der Gäubahn mit großem Nachdruck vorangebracht werden müsse. Pofalla betonte, dass der Ausbau konsequent umgesetzt werde. Die Elektrifizierung der Südbahn werde derzeit in Angriff genommen. Beim Ausbau der Rheintalstrecke sei man durch eine breite Einbindung aller Akteure – Bürgerschaft, Bürgerinitiativen, Anliegerkommunen, Bund, Land und Bahn – große Schritte im Bereich des Lärmschutzes vorangekommen. Klar müsse sein, dass dieser gemeinschaftliche Konsens trotz entsprechender Bundestagsbeschlüsse für den weiteren Ausbau von der Bahn nicht in Frage gestellt werden dürfe. Mit der Forderung nach einer „Rheintalbahn-Konferenz“ unterstrich die Landesgruppe, dass für dieses Problem eine schnelle Lösung gefunden werden müsse.

Verbinden, nicht ausgrenzen!



Jungfernrede von **Axel Müller**

Deutsch soll laut einem Fraktionsantrag der AfD als Staatssprache in das Grundgesetz festgeschrieben werden. Der Antrag verfolgte das Ziel, Menschen ohne oder mit mangelnden Kenntnissen der deutschen Sprache auszugrenzen. Mit Blick auf die Zielrichtung des Antrages versagte der Abgeordnete **Axel Müller (Wahlkreis Ravensburg)** bei seiner ersten Rede dem Antrag die Unterstützung.

„So, wie er formuliert ist, ist er mit Art. 3 Abs.3 unseres Grundgesetzes nicht vereinbar und daher verfassungswidrig“, führte Müller aus. Zugleich betonte er, dass die CDU bei zwei gleichlautenden Beschlüssen auf Bundesparteitagen in den Jahren 2008 und 2016 sich für eine Aufnahme der deutschen Sprache in Art. 22 GG in Ergänzung zur Festschreibung der Bundeshauptstadt und den Farben der Landesflagge ausgesprochen habe. Prominentester Befürworter war in der Vergangenheit der frühere Bundestagspräsident Norbert Lammert. Wie Lammert betonte auch Müller, dass „nach unserer Auffassung eine solche Regelung Symbolcharakter habe. Es werde zum Ausdruck gebracht, dass die deutsche Sprache für die deutsche Gesellschaft ein verbindendes Element habe. Nicht zuletzt ist Sprache ein wichtiges Element der deutschen (Leit-)Kultur.“

Der Antrag der AfD hingegen zielt darauf ab, Menschen auszugrenzen. Behörden soll die Vorgabe gemacht werden, Schreiben, auch an erkennbar nicht Deutsch sprechende Personen, ohne Übersetzung zu richten. Bei Anklagen der Justiz verstieße dies gegen die europäische Menschenrechtskonvention. Axel Müller, der bis vor wenigen Monaten als Vorsitzender Richter am Landgericht verhandelte, machte weiter deutlich, dass „Deutsch grundsätzlich die Sprache staatlichen Handelns ist.“ In § 184 des Gerichtsverfassungsgesetzes und in § 23 des Verwaltungsverfahrensgesetzes ist festgeschrieben, dass die Gerichts- und die Amtssprache Deutsch ist. „Das galt und gilt weiterhin.“

Der Innen- und Rechtspolitiker Axel Müller zerlegte den Antrag in seine Bestandteile und arbeitete heraus, was sich hinter dem Ansinnen – Deutsch als Medium unserer sprachlichen Kultur bspw. vor Anglizismen zu schützen – versteckt. „Entgegen ihrer Behauptung will die AfD die deutsche Sprache nicht vor angelsächsischen Lehnwörtern schützen, wogegen grundsätzlich nichts einzuwenden ist“, so Müller. „Das Ziel des AfD-Antrages sei es vielmehr, Menschen, die kein oder nur unzureichend Deutsch sprechen durch Behördenhandeln bewusst auszugrenzen, sie fern zu halten von den Einrichtungen oder Leistungen unseres Staates.“ Und das sei aber genau das Gegenteil von dem, was unser Grundgesetz wolle. In Artikel 3 Abs. 3 GG heißt es ausdrücklich, dass niemand wegen seiner Sprache benachteiligt werden darf.

Auf einen süffisanten Umstand will Axel Müller noch hinweisen. Dass die deutsche Sprache eine Vielzahl von Lehnwörter aufweist, ist bekannt. Neben Anglizismen gibt es auch eine große Zahl von Gallizismen: Das sind Lehnwörter aus dem Französischen – das nicht nur am preußischen Hofe des Alten Fritz im Potsdamer Schloss Sanssouci gesprochen wurde. „Ein prominentes Beispiel wurde in der Debatte mehrfach in abgekürzter Form genannt: ‚Alternative‘. Das ‚A‘ im Fraktions- und Parteinamen der Alternative für Deutschland ist ja eigentlich im deutschsprachigen Raume ‚eine andere Möglichkeit‘. Eine weitere Bedeutung sieht eine „abwechselnde Möglichkeit“ vor. Damit wird die AfD aber ihrem eigenen

Anspruch nicht gerecht, da sie gleichlautende Anträge erfolglos bereits in verschiedenen Länderparlamenten in dieser oder ähnlicher Form gestellt hat. Im Übrigen finden sich im Wahlprogramm der AfD zahlreiche Anglizismen, wie „failed states, Taser“ und es wurde von der Universität Hohenheim als am schwersten verständliches Programm aller Parteien bewertet (die Programme der Union schnitten am besten ab).

[Video der Rede](#)

Digitalisierung im Mittelstand



Am Donnerstag wurde ein Antrag der FDP-Fraktion zum Thema verbesserte Abschreibung für digitale Wirtschaftsgüter debattiert, zu dem auch die baden-württembergischen Abgeordneten **Olav Gutting und Ronja Kemmer** für die CDU/CSU-Fraktion sprachen. In dem Antrag wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, als steuerlichen Innovationsschub für die digitale Transformation von Unternehmen sich gemeinsam mit den Ländern für eine Überarbeitung der Abschreibungsvorschriften einzusetzen und einen Gesetzentwurf einzubringen, der u. a. die Möglichkeit der Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter auf digitale Innovationsgüter erweitert und eine zeitlich befristete Erhöhung der Sofortabschreibungsgrenze für digitale Innovationsgüter vorsieht.

Olav Gutting (Wahlkreis Bruchsal-Schwetzingen): „Die digitale Transformation ist eines der zentralen Themen der laufenden Legislaturperiode. Deutschland muss sich als digitaler Standort positionieren und darf international nicht den Anschluss verlieren. Nicht nur im Hinblick auf die Themen digitale Infrastruktur, gigabitfähige Netze, 5G-Standard und digitale Bildung, sondern auch in der Steuerpolitik müssen wir auf den digitalen Wandel reagieren. Um als Investitions- und Innovationsstandort attraktiv zu bleiben, müssen wir uns dem internationalen Steuerwettbewerb stellen. Die von der FDP vorgeschlagenen Maßnahmen sind jedoch aus mehreren Gründen abzulehnen. So ist z. B. in dem Antrag der FDP völlig unklar geblieben, welche Güter genau von den Sonderregelungen erfasst werden sollen mit der Folge, dass die Haushaltsauswirkungen des Antrages nicht abschätzbar sind. Eine Änderung im Hinblick auf die Regelungen zur Sofortabschreibung bei geringwertigen Wirtschaftsgütern, deren Schwelle wir zum 01. Januar 2018 bereits auf 800 Euro erhöht haben, ist derzeit kein Punkt, den man im Zusammenhang mit der Unterstützung für die digitale Transformation von Unternehmen vordringlich angehen müsste. Es ist vielmehr an der Zeit, umfassende strukturelle Lösungen zu finden, die das deutsche Steuerrecht im internationalen Steuerwettbewerb insgesamt attraktiver machen, und die Unternehmensbesteuerung in Gänze zu reformieren.“

Ronja Kemmer (Wahlkreis Ulm): „Der Mittelstand steht vor besonderen Herausforderungen bei der digitalen Transformation seiner Geschäftsprozesse. Darum braucht es für KMU bei der Digitalisierung seitens der Politik speziell zugeschnittene Instrumente und Regelungen. Als CDU/CSU haben wir uns dafür eingesetzt, dass im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde, zu prüfen, ob und wo es sinnvoll ist, zugunsten digitaler Investitionsgüter die Abschreibungstabellen zu überarbeiten. Im Bereich steuerliche Anreize schafft der Koalitionsvertrag aber über das Thema Afa hinaus auch eine maßgebliche Grundlage für Investitionen und Entlastungen mit der steuerlichen Förderung, die bei den Personal- und Auftragskosten für Forschung und Entwicklung ansetzt. Für einen echten Innovationsschub bei der digitalen Transformation werden steuerliche Maßnahmen

allein jedoch nicht ausreichen. Was es braucht, sind differenzierte Instrumente - im Rahmen einer kohärenten Gesamtstrategie. Dazu gehört die Ausweitung von Beratungsangeboten für den Mittelstand wie der Ausbau der Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren, aber auch eine groß angelegte digitale Bildungsoffensive von den Schulen über die Ausbildungsstätten bis zu den Hochschulen.“

[Video der Rede von Olav Gutting](#)

[Video der Rede von Ronja Kemmer](#)

Vollbeschäftigung und Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit



Von **Kai Whittaker (Wahlkreis Rastatt)**

In unserem Regierungsprogramm steht: „Wir finden uns mit der hohen Zahl von Langzeitarbeitslosen nicht ab.“ Mit diesem Bekenntnis haben wir klar gemacht, dass in Deutschland jeder Mensch eine Chance auf Arbeit haben sollte. Dafür müssen wichtige Weichenstellungen in Angriff genommen werden. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass Langzeitarbeitslose mit einem ganzheitlichen Ansatz wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Dabei setzen wir besonders auf Qualifizierung und eine bessere individuelle Beratung. Darüber hinaus ist es von zentraler Bedeutung, dass bei der Betreuung die ganze Familie in den Blick genommen wird. Nur auf diesem Wege können wir Hartz-IV-Generationen in Zukunft vermeiden. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Förderung von schwer zu erreichenden Jugendlichen. Dabei ist es wichtig, dass Schulabbrecher nicht auf der Strecke bleiben. Jedes Jahr verlassen rund 50.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Angesichts des Fachkräftemangels in Deutschland wird hier unnötig Potential verschwendet.

Fall „Amri“ wird im Bundestag untersucht



Der erste Untersuchungsausschuss der 19. Wahlperiode hat in dieser Woche seine Arbeit aufgenommen. Die Umstände des Anschlags auf den Berliner Weihnachtsmarkt am

Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 mit 12 Toten und über 50 zum Teil schwer Verletzten sollen durch ein 9-köpfiges Gremium umfassend aufgeklärt werden. Bereits kurze Zeit nach dem Anschlag sind erhebliche Mängel bei der Kooperation der Sicherheitsbehörden aufgedeckt worden. Auch die Untersuchungsausschüsse zum Fall Amri in Nordrhein-Westfalen und Berlin zeigten bisher auf, dass die beteiligten Sicherheitsbehörden unzureichend miteinander gearbeitet haben.

Der Vorsitzende des ersten Untersuchungsausschusses, CDU-Bundestagsabgeordneter und Innenpolitiker **Armin Schuster (Wahlkreis Lörrach-Müllheim)**, verspricht sich von den Ergebnissen der Aufklärung eine Reform der Sicherheitsarchitektur: „Gerade auf dem Feld der Terrorabwehr haben wir noch immer ein Systemproblem. Wir brauchen eine nationale Sicherheitsstrategie, die diese gravierende Aufgabe in eine oder wenige Hände legt.“ **Dr. Stephan Harbarth (Wahlkreis Rhein-Neckar)**, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sprach in seiner Rede im Plenum des Deutschen Bundestages von „schweren Fehlern“, die im Zusammenhang mit diesem Terroranschlag gemacht worden sind. Dies betrifft laut Harbarth den Umgang mit dem Attentäter sowie mit den Hinterbliebenen und verletzten Opfern. Ein Gespräch mit den Angehörigen der Opfer und Überlebenden in den nächsten Wochen soll nach Ansicht von Armin Schuster den Blick aller Fraktionen auf eine ehrliche und konsequente Aufklärungsarbeit richten. „Meine Hoffnung ist, dass wir im neuen Untersuchungsausschuss auf Bundesebene diese Aufgabe parteiübergreifend erfüllen können und politische Winkelzüge vermeiden. Es geht um Aufklärung und Reformen, nicht um Parteipolitik. Das sind wir den Opfern und auch allen anderen Bürgern schuldig“, so der Vorsitzende.

[Video der Rede von Armin Schuster](#)

[Video der Rede von Dr. Stephan Harbarth](#)

AfD-Vorlagen zu Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz bloße Scheinlösungen



Von **Alexander Throm (Wahlkreis Heilbronn)** und **Armin Schuster (Wahlkreis Lörrach-Müllheim)**

„Am Donnerstag wurden im Plenum des Deutschen Bundestages zwei Vorlagen der AfD-Fraktion in erster Lesung debattiert. Beide Vorlagen entlarven sich selbst als bloße Scheinlösungen, weil sie verfassungswidrig, systematisch falsch und damit nicht umsetzbar sind.“

In ihrem Gesetzentwurf fordert die AfD die Einführung einer allgemeinen wöchentlichen Meldepflicht für alle Ausländer, gegen die eine Ausweisungsverfügung oder Abschiebungsanordnung besteht. Gleichzeitig sollen neue Möglichkeiten zur Präventivhaft für ausreisepflichtige gefährliche Ausländer im Rahmen des Aufenthaltsgesetzes geschaffen werden. Solche umfassenden Meldepflichten widersprechen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, zumal das Aufenthaltsgesetz abgestufte Meldepflichten nach Gefährdungssachverhalt bereits enthält. Eine Präventivhaft für Gefährder hat im Aufenthaltsrecht nichts zu suchen, denn die dort verankerten Haftmöglichkeiten müssen auf die Durchsetzung der Ausreisepflicht gerichtet sein. Gefahrenabwehr ist Ländersache und wird daher im Polizeirecht des betroffenen Bundeslandes geregelt. Bayern hat etwa mit der

Einführung eines Präventivgewahrsams unter Richtervorbehalt einen solchen Schritt getan, der den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit Rechnung trägt. In ihrem Antrag fordert die AfD die Bundesregierung auf mit den Ländern eine Übertragung des allgemeinen Gefahrenabwehrrechts von den Ländern auf den Bund zu verhandeln, um eine effizientere Terrorbekämpfung zu erreichen. Dies widerspricht der föderalistischen Sicherheitsarchitektur und ist daher nicht verfassungsgemäß.

Die CDU/CSU-Fraktion hat in der vergangenen Wahlperiode hingegen viel getan, um mit angemessener Härte auf den Anstieg von Straftaten durch Zuwanderer zu reagieren. Wir haben unter anderem die Hürden für die Ausweisung straffälliger Ausländer gesenkt und dafür gesorgt, dass ihnen die Flüchtlingseigenschaft entzogen werden kann. Zudem haben wir Maßnahmen für die effektivere Abschiebung von Ausreisepflichtigen und Gefährdern ergriffen. Im Koalitionsvertrag wollen wir die Abschieberegelungen nochmals verschärfen und vereinfachen. Gemeinsam mit den Ländern arbeiten wir, z.B. durch ein Musterpolizeigesetz, an einer verfassungsgemäßen Harmonisierung des Rechtsrahmens. Wir bieten tatsächliche Lösungen, wo die AfD nur Phrasen kennt.“

[Video der Rede von Alexander Throm](#)

[Video der Rede von Armin Schuster](#)

Beziehungen vertiefen



Von **Roderich Kiesewetter (Wahlkreis Aalen-Heidenheim)**

„Auf Antrag der FDP-Fraktion diskutierten wir, ob Deutschland die Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien und Marokko als sichere Herkunftsstaaten einstufen soll. Dies hätte zur Folge, dass Asylbewerber und Geflüchtete aus diesen Staaten ein rascheres Verfahren erhalten, da generell angenommen wird, dass in diesen Ländern keine Verfolgung stattfindet. Untermauert wird diese Vermutung durch die geringe Anerkennungsquote von 1 bis 6%. Die Große Koalition hatte bereits im April 2016 ein entsprechendes Gesetz an den Bundesrat verwiesen – sodass es nun dort aufgrund der grünen Verweigerungshaltung festhängt und nicht umgesetzt werden kann. Ich habe in meinem Beitrag klar hervorgehoben, dass Missstände in diesen Ländern ständig evaluiert werden müssten, aber nach derzeitiger Lage keine systematische Verfolgung ist. Daher ist das Signal, das von uns an diese Staaten gesendet werden könnte mit der Einstufung als sicher eines der Ermutigung und des Vertrauensvorschlusses.

Viel wichtiger als diese innenpolitische Maßnahme ist aber, dass wir die Beziehungen mit diesen Staaten vertiefen und Einwanderung und Asyl klar trennen. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Staaten ihre Behörden in den Griff kriegen, Infrastruktur ausbauen und jungen Leuten Beschäftigungsperspektiven geben – dann ist auch kein Anreiz gegeben, dass Heil in Europa zu suchen. Wir müssen das Mittelmeer und das nördliche Afrika deshalb als gemeinsamen Kultur- und Verantwortungsraum begreifen, da sich diese Länder den europäischen Werten viel näher sehen als dem eigentlichen afrikanischen Kulturraum. Nur wenn wir unsere Beziehungen weiter ausbauen, Investitionen dorthin zu lassen und diesen Staaten helfen, sich weiter zu entwickeln, können wir Einfluss in unserem Interesse nehmen. Deshalb war mir mein Beitrag aus außenpolitischer Perspektive zu dieser Debatte der Innenpolitiker so wichtig!“

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundestag.de/mediathek.

Weitere Informationen finden Sie unter



Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie unter www.cdu-lg-bw.de.

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269

Fax 030 / 227 - 76251

info@cdu-lg-bw.de

www.cdu-lg-bw.de

Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag).

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[Newsletter abbestellen](#)